

2. XI. 1915

## Postsperrre durch die Entente.

Der Kriegszustand hat jeden Verkehr, auch den völlig un-militärischen, mit dem feindlichen Ausland abge-schnitten. In manchen Fällen geschäftlicher und privater Art ist ein Verkehr indessen doch erforderlich oder erwünscht, weil gewisse Verfügungen unbedingt getroffen werden müssen oder die Uebermittlung einer Familien-Nachricht nicht wohl aufgehoben werden kann. In solchen Fällen suchen die Be-teiligten nach einem Mittelsmann im neutralen Aus-land, der bereit ist, die Nachrichten weiterzugeben. Da dieser Verkehr in den beteiligten feindlichen Staaten jeweils zen-suriert wird, lassen sich die damit verbundenen Gefahren der Spioniererei und der Uebermittlung militärischer Nachrichten unterbinden. Unsere Feinde, die so schnell bei der Hand sind, deutsche Stellen der Rücksichtslosigkeit zu bezichtigen, wollen nun anscheinend diesen indirekten Verkehr vereiteln. So hat eine Schweizer Bank an deutsche Geschäfts-freunde ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie sagt:

Angeichts der täglich zunehmenden Schwierigkeiten im Post- und Telegraphenverkehr und insbesondere auch im Hin-blick auf die erheblich verschärften Zensur-Maßnahmen ver-schiedener kriegsführender Länder sehen wir uns veranlaßt, unsere Korrespondenten zu ersuchen, uns keinerlei Depeschen und Korrespondenzen zur Weiterleitung ins Ausland zu über-senden und auch von der Zustellung von Inkasso-Kimeessen, Kupons zum Einzug usw. auf das Ausland Umgang zu nehmen.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Bank damit nicht eine Unfreundlichkeit gegen ihre Kundschaft be-gehen wollte; sie hatte zweifellos bestimmte Gründe für die Ablehnung einer weiteren Vermittlung dieses rein geschäft-lichen Verkehrs. Die Entente geht eben planvoll darauf aus, j e d e n Verkehr ihrer Landesangehörigen mit dem feindlichen Ausland, auch den an sich harmlosen, aber geschäftlich oder aus Familiengründen notwendigen, rücksichtslos zu unter-binden. Um nun dieses Ziel zu erreichen, entzieht sie solchen Firmen, die bei ihr im Verdacht stehen, den Austausch zu vermitteln, ihrerseits den Post- und Telegraphen-Verkehr; sie boykottiert sie postalisch. Ihre Tele-gramme werden nicht befördert und ihre Post wird nicht aus-gehändigt. Die freundlichen Firmen werden danach zwar willkürlich und unter Verletzung der Postgesetze, aber doch empfindlich bestraft.

Wollte Deutschland so vorgehen, würde sich natürlich ein großes Geschrei erheben. Von der Entente nimmt man auch diese Maßregel ruhig hin. Wir haben wenigstens nicht ge-hört, daß eine der beteiligten Regierungen sich gegen diesen Postboykott ihrer Staatsangehörigen aufgelehnt hätte.